



## Elferrat im achten Monat

Sandra Eckert wirkt trotzdem bei BCA-Veranstaltungen mit. ► SEITE 11

## Laternen in eigener Hand

Riedstadt will Straßenbeleuchtung samt Netz zurückkaufen. ► SEITE 17

## Oscar 2020

Wer bekommt Hollywoods Goldjungen? ► KULTUR

**WETTER**

Wiederholt Sonnenschein  
9°  
-2°  
Ostwind

► FERNSEHEN / WETTER

**HEUTE**

Es gibt kein ‚Weiter so‘ und kein ‚Weiter‘ ohne eine Klärung des Problems.

SPD-Chef Norbert Walter-Borjans zu Konsequenzen der Thüringer Ministerpräsidentenwahl für die große Koalition in Berlin

► POLITIK

**Erbitterter Streit um die EU-Milliarden**

Beim Geld hört die Parteifreundschaft auf. Das wird beim Ringen um das künftige EU-Budget gerade deutlich. Es geht hart zur Sache.

► POLITIK

**Gislasen ersetzt Prokop als Handball-Bundestrainer**

Nach einer durchwachsenen EM sollte eigentlich Christian Prokop das Team noch zu Olympia führen. Nun entzieht der DHB ihm überraschend das Vertrauen. Der erfolgreiche Isländer Alfred Gislasen steht schon als Nachfolger bereit.

► SPORT

**BÖRSE**

**Dax im Plus**

Dax 13 574,82 (+96,49)  
Euro Stoxx 50 3 805,52 (+27,68)  
Dow Jones 29 379,77 (+88,92)  
Gold je Unze 1 553,30 \$ (-12,85)  
Euro 1,1003 \$ (1,1023)

► WIRTSCHAFT

**INHALT**

RHEIN-MAIN	5
WIRTSCHAFT	7
FAMILIENANZEIGEN	15
KULTUR	23
SPORT	25
FERNSEHEN	31
AUS ALLER WELT	32

**KONTAKT**

Zustellung / Abonnement: 061 51 / 387 29 50  
Fax: 061 51 / 387 29 79  
www.vrm-abo.de/aboservice  
Privatanzeigen: 061 51 / 387 29 29  
Online: www.vrm-anna.de  
Redaktion: 061 42 / 855-4564  
Fax: 061 42 / 855-4577  
E-Mail: gross-gerauer-echo@vrm.de

www.facebook.com/echoonline  
www.twitter.com/echoonline

Probeabo: 061 51 / 387 29 50

Friedensplatz 12  
65428 Rüsselsheim



Wir sind **VRM**

## 233 neue Wohnungen

Die Baugenossenschaft Ried investiert 42,6 Millionen Euro in Neubauten. Allein in Biebesheim entstehen 136 Wohneinheiten. ► SEITE 9

# Nach Wahl-Eklat: Kemmerich gibt auf

Thüringer Liberale wollen Weg für Neuwahl freimachen / Christian Lindner soll FDP-Kandidat gebilligt haben

**BERLIN/ERFURT** (dpa). Nach einem bundesweiten Proteststurm will der am Mittwoch mit AfD-Stimmen ins Amt gewählte Thüringer Ministerpräsident Thomas Kemmerich (FDP) seinen Posten räumen und den Weg für eine Neuwahl freimachen. Zuvor hatte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Wahl mithilfe von Stimmen der CDU und der AfD „unverzeihlich“ genannt und verlangt, das Ergebnis dieses Vorgangs müsse korrigiert werden.

Die FDP-Fraktion Thüringen will nun einen Antrag auf Auflösung des Landtags zur Herbeiführung einer Neuwahl stellen. Er wolle den Makel der Unterstützung durch die AfD vom Amt des Ministerpräsidenten nehmen, be-

gründete Kemmerich seine Entscheidung.

Doch eine Auflösung des Parlaments ist gar nicht so leicht möglich. Nach der Landesverfassung muss eine Abstimmung über Neuwahlen von mindestens einem Drittel der Abgeordneten beantragt werden – in Thüringen wären das 30. Die FDP-Fraktion hat aber nur fünf Abgeordnete. Um Neuwahlen zu beschließen, wären die Stimmen von zwei Dritteln der Abgeordneten nötig.

Kemmerich war am Mittwoch überraschend mit den Stimmen von AfD, Union und FDP zum Regierungschef gewählt worden. Es war das erste Mal, dass die AfD einem Ministerpräsidenten ins Amt half. FDP-Chef Christian Lindner, der zu Krisengesprächen

### VERTRAUENSFRAGE

► FDP-Chef Christian Lindner will nach den Vorgängen bei der Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten die Vertrauensfrage in der Parteiführung stellen. Dazu soll an diesem Freitag der Bundesvorstand zu einer Sondersitzung zusammenkommen.

nach Erfurt gereist war, nannte die Erklärung Kemmerichs die „einzige richtige Entscheidung“. Kemmerich hatte zuvor allerdings deutlich gemacht, er habe vor der Wahl am Mittwoch die Lage mit Lindner beraten: „Er hat gesagt, die Entscheidung trifft letztlich der Thüringer Verband.“

Ob auch die CDU selbst Konsequenzen zieht, blieb zunächst unklar. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer reiste am Donnerstag nach Erfurt, um mit Thüringer CDU-Politikern zu beraten. Der Thüringer CDU-Parteivorsitzende und Fraktionschef Mike Mohring will eine Neuwahl des Landtags vermeiden. Damit stellte er sich gegen die Bundesspitze seiner Partei. Kemmerichs Rückzug sei zwar „richtig, aber selbst nach 24 Stunden schon längst überfällig“ gewesen, sagte CDU-Generalsekretär Paul Ziemak. „Neuwahlen sind der beste Weg“, betonte Ziemak.

Am Freitag solle das CDU-Präsidium in einer Sondersitzung über die Lage beraten. Kanzlerin Merkel hatte während einer Süd-

afrika-Reise gesagt: „Es war ein schlechter Tag für die Demokratie. Es war ein Tag, der mit den Werten und Überzeugungen der CDU gebrochen hat.“ CSU-Chef Markus Söder hatte ebenfalls noch einmal nachgelegt: „Es braucht eine rasche und konsequente Korrektur dieses Missgeschicks von Thüringen. (...) So etwas darf sich nicht wiederholen.“ Dagegen erklärte die Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, demokratische Entscheidungen dürften nicht „zurückgenommen“ werden. Die Wahl hat auch die große Koalition in eine Krise gestürzt. Am Samstag soll die Lage im Koalitionsausschuss besprochen werden. ► KOMMENTAR/ THÜRINGEN UND DIE FOLGEN

# Zahl der Virustoten steigt schneller

Neuer Corona-Fall in Bayern

**PEKING/MÜNCHEN** (dpa). Mit einem weiteren Nachweis auf das Coronavirus ist die Gesamtzahl der Infizierten in Deutschland auf 13 gestiegen. Der Erreger wurde bei der Frau eines der Patienten aus Bayern nachgewiesen, wie das bayerische Gesundheitsministerium am Donnerstag mitteilte.

Außerhalb von Festland-China sind in mehr als zwei Dutzend Ländern rund 240 Infektionen bestätigt. Die Zahl der Toten in China stieg noch einmal schneller als bisher. Innerhalb eines Tages starben bis Donnerstag 73 weitere Menschen, wie die chinesische Gesundheitskommission berichtete. Damit stieg die Zahl der Toten in China auf 563. Die bestätigten Infektionen mit der Lungenkrankheit kletterten ebenfalls stark um 3694 auf 28018 Fälle. Die Kommission sprach von mehr als 24000 Ver-

dachtsfällen. Nach der Entdeckung von Virusfällen an Bord wurden in Japan und Hongkong zwei Kreuzfahrtschiffe mit rund 7000 Passagieren und Besatzungsmitgliedern unter Quarantäne gesetzt.

Auf der „Diamond Princess“ vor Yokohama wurden zehn weitere Fälle festgestellt. Die 2666 Passagiere sollen bis zum 19. Februar an Bord bleiben. Unter den Passagieren und Crewmitgliedern hätten 120 Menschen Symptome wie Husten und Fieber gezeigt, so das japanische Gesundheitsministerium.

Von dem zweiten Kreuzfahrtschiff hieß es, dass drei Besatzungsmitglieder mit Fieber in Krankenhäuser gebracht wurden. Außerdem wurde bei drei Menschen, die mit dem Schiff gereist waren, das Virus festgestellt.

# „Freispruch ohne Wert“

Amtsenthungsverfahren gegen US-Präsident beendet / Streit geht weiter

**WASHINGTON** (dpa). Nach dem Freispruch von US-Präsident Donald Trump im Amtsenthebungsverfahren gegen ihn kämpften die Demokraten und das Weiße Haus um die Deutungshoheit. Nach dem Urteil des Senats sprach Trump auf Twitter von einem „Sieg“ des Landes über den „Impeachment-Scherz“.

Der US-Senat, in dem Trumps Republikaner die Mehrheit haben, hatte den Präsidenten am Mittwoch von allen Anklagepunkten im Impeachment-Verfahren freigesprochen. Nach monatelangen Ermittlungen und einem fast dreiwöchigen Prozess im Senat ist das Amtsenthebungsverfahren damit vorbei. Der Streit zwischen den politischen Lagern geht jedoch unvermindert weiter. Trump machte den Demokraten wegen des Impeachment-Verfahrens schwere Vorwürfe. Einige „sehr unehrliche und korrupte Leute“ hätten ihm, seiner Familie und

dem Land schwere Qualen zugefügt, sagte Trump. Das Weiße Haus sieht Trump durch den Freispruch im Senat nun vollständig entlastet. Die Demokra-

tin Nancy Pelosi erklärte dagegen, es habe im Senat keinen richtigen Prozess mit Zeugen gegeben. Deshalb sei der Freispruch ohne Wert. ► POLITIK



Im Amtsenthebungsverfahren sprach der Senat Trump von allen Anklagepunkten frei. Foto: Uncredited/Senate Television/dpa

# Gernsheim-Etat zurückgezogen

**GERNSHEIM** (db). Haushaltspolitischer Paukenschlag in Gernsheim: Unmittelbar vor den Etatberatungen im Stadtparlament hat Bürgermeister Peter Burger (CDU) den Haushaltsentwurf 2020, das Investitionsprogramm und das Haushaltssicherungskonzept im Namen des Magistrats zurückgezogen. Die Kommunalaufsicht des Kreises habe ihm telefonisch mitgeteilt, dass der vorliegende Haushaltsentwurf nicht genehmigungsfähig sei, erklärte Burger den Stadtverordneten. Die darin enthaltene Kreditemächtigung über acht Millionen Euro sei zu hoch. Burger zeigte sich zuversichtlich, den Etat gemäß den Hinweisen aus dem Landratsamt bis März „nachjustieren“ zu können. ► SEITE 17

# 20 Milliarden für Schienennetz

**WIESBADEN** (kas). Schub für den Nah- und Fernverkehr. In das hessische Schienennetz sollen in den nächsten 20 Jahren etwa 20 Milliarden Euro investiert werden. „So viel wurde noch nie investiert“, sagte Verkehrsminister Tarek Al-Wazir in Wiesbaden. Damit in Zukunft mehr als eine Milliarde Fahrgäste in einem Jahr befördert werden können, müssten auch Großprojekte wie der Frankfurter Fernbahntunnel realisiert werden. Fortschritte meldete der Minister für Projekte wie die Wallauer Spange oder die Reaktivierung alter Strecken. ► HESSEN

# Zusatzsteuer auf Fleisch empfohlen

**OSNABRÜCK** (epd). Berater der Bundesregierung schlagen einem Zeitungsbericht zufolge vor, den Umbau der Tierhaltung mit einer Verbrauchssteuer zu finanzieren. Das sieht ein Entwurf für Empfehlungen vor, die das sogenannte Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet, wie die „Neue Osnabrücker Zeitung“ berichtete. Demnach könnte der Preisaufschlag für Fleischprodukte bei 40 Cent pro Kilogramm liegen. Auch andere tierische Produkte sollten zusätzlich besteuert werden. ► WIRTSCHAFT

# SAP wertvollste deutsche Marke

**FRANKFURT** (dpa). Europas größter Software-Konzern SAP hat nach Einschätzung von Beratern seine Spitzenposition als wertvollste deutsche Marke verteidigt. Mit einem errechneten Markenwert von 46,4 Milliarden Euro führt das Dax-Unternehmen aus Walldorf das Ranking „BrandZ Germany“ an, das vom Beratungsunternehmen Kantar und der Werbeholding WPP erstellt wird. Auf dem zweiten Platz landete die Deutsche Telekom (40,8 Mrd. Euro), auf Platz drei Mercedes-Benz (20,1 Mrd. Euro).



## KOMMENTAR



## Mehr tun

Jörg Monzheimer  
zu gefördertem Wohnraum

jorg.monzheimer@vrm.de

Bezahlbarer Wohnraum ist in Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet rar. Mehr als 40 Prozent der Hessen hätten Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung. Das Problem: Es gibt viel zu wenige Sozialwohnungen. Lange bestand die Überzeugung, dass es der Markt schon richten wird – ein Trugschluss. Seit einiger Zeit ist ein Umdenken erkennbar.

Das hessische Wirtschaftsministerium verweist darauf, dass 2018 rund 29 Prozent mehr Sozialwohnungen gebaut wurden als 2017. Trotz der 892 neuen

Objekte aber sank die Gesamtzahl der öffentlich geförderten Wohnungen in Hessen um 5175 auf 80309. Mit einer Ausnahme gingen die Zahlen 2018 in allen hessischen Kreisen zurück. Diese Ausnahme bildete der Kreis Groß-Gerau, in dem es einen Anstieg um 24 auf 4222 Sozialwohnungen gab. Einer der Akteure, die hier eine entscheidende Rolle spielen, ist die Baugenossenschaft Ried. Bei den drei neuen Bauvorhaben in Bischofsheim, Biebesheim und Stockstadt liegt der Anteil geförderter Wohnungen bei 57,5 Prozent – ein vorbildlicher Wert. Insgesamt aber muss mehr getan werden. In Hessen. Und auch im Kreis Groß-Gerau.



In Bischofsheim (oben) sollen bis März 2022 70 Wohnungen, in Stockstadt bis April 2021 27 Wohnungen entstehen.

Visualisierungen: BG Ried

## „Verbrauch an Ressourcen zu hoch“

Groß-Gerauer Grüne kritisieren  
Regionales Entwicklungskonzept

**GROSS-GERAU** (red). Im Juli 2019 hat das Regierungspräsidium Darmstadt ein Gutachten zum Regionalen Entwicklungskonzept (REK) Südhessen veröffentlicht. Aufgrund der bereits mehrfach geäußerten heftigen Kritik an diesem Gutachten hat die Regionalversammlung am 13. Dezember den Beschluss gefasst, dass dieses Konzept in der vorgelegten Form nicht umgesetzt werden soll. Das Regierungspräsidium wurde aufgefordert, eine aktualisierte Planung vorzulegen. „Offenbar gewinnt die Diskussion um das Entwicklungskonzept an Dynamik: Deshalb ist die Mitwirkung unserer Region und unserer Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt äußerst wichtig und dringlich“, erklären die Groß-Gerauer Grünen in einer Pressemitteilung.

Sie halten das Entwicklungskonzept, das als Grundlage für die Fortschreibung des Regionalen Flächennutzungsplans erhebliche Auswirkungen auf die Kreisstadt und den Kreis Groß-Gerau haben wird, „grundsätzlich für verfehlt“. Zu hoch sei der „ungebremte“ Ressourcenverbrauch an un bebauten Flächen, Aspekte wie die nachhaltige Entwicklung von Naturräumen, Landwirtschaft, Klimaschutz, Verkehr und Infrastruktur blieben unberücksichtigt. So stammen von 3400 Hektar bevorzugte Flächen für die Außenentwicklung „Siedlung“ 3150 Hektar aus landwirtschaftlichen Flächen, plus 200 Hektar Forst. Für den prioritären „Flächenpool“ Gewerbe und Logistik seien die Nutzung weiterer 1300 Hektar landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Böden vorgesehen. „Unverhofft wird unser Kreisgebiet das bevorzugte planerische Ziel zur Ansiedlung von weiteren Logis-

**TERMIN**

► Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lädt für **Montag, 10. Februar**, zu einer öffentlichen Fraktionssitzung zum Thema **„Regionales Entwicklungskonzept Südhessen – Folgen für die Kreisstadt und den Kreis Groß-Gerau“** ein. Die Sitzung beginnt um 19 Uhr im Historischen Rathaus.

► **Franz Urhahn**, Mitglied der Grünen in der Regionalversammlung Hessen, wird einen Vortrag über die **Inhalte des Entwicklungskonzepts** halten.

► **Anschließend besteht die Möglichkeit zur Diskussion.** Alle Bürger sind zur Veranstaltung eingeladen. (red)

tikunternehmen in Südhessen. Sowohl zwischen Gernsheim und Groß-Gerau entlang der B44 als auch zwischen Groß-Gerau und Büttelborn sollen in einem unvorstellbaren Ausmaß neue Logistikflächen ausgewiesen werden. „Der Ausweis von Ausgleichsflächen für die Bebauung sei nicht angedacht – tatsächlich auch kaum noch möglich. Ebensovienig werde für das gesamte Plangebiet Südhessen, in dem 208000 neue Wohneinheiten entstehen sollen, aufgezeigt, wie die Versorgung der Menschen mit Grundwasser und die Entsorgung von Abwasser gewährleistet werden sollen. Auch zu notwendigen Infrastrukturmaßnahmen würden keine Aussagen getroffen.“

Da der Regionale Flächennutzungsplan aktuell für den Zeitraum 2020 bis 2030 neu aufgestellt wird, sei es höchste Zeit eine öffentliche Diskussion in den betroffenen Kommunen zu führen.

## AUF EINEN BLICK

## Kreis-CDU wählt

**KREIS GROSS-GERAU** (mzh). Der CDU-Kreisverband Groß-Gerau hält am Samstag, 8. Februar, ab 12.30 Uhr im Fritz-Treutel-Saal des Kelsterbacher Bürgerhauses (Bergstraße 20) seinen Kreisparteitag ab. Auf der Tagesordnung stehen die

Berichte des Kreisvorstands, des Fraktionsvorsitzenden, der Abgeordneten in Land, Bund und Europa sowie Ehrungen. Außerdem wird der gesamte Kreisvorstand gewählt. Darüber hinaus stehen Delegiertenwahlen auf der Agenda.

## BG Ried treibt Großprojekte voran

Groß-Gerauer Baugenossenschaft will in Bischofsheim, Biebesheim und Stockstadt 233 Wohnungen bauen

Von Jörg Monzheimer

**GROSS-GERAU.** Die BG Ried setzt ihre Wohnungsbauoffensive fort. Bis zum Jahr 2028 will die Genossenschaft ihren Bestand von rund 2400 auf 3000 Wohnungen erhöhen. In diesem Jahr rücken drei Projekte in den Fokus: „Wohnen an den Nusswiesen“ in Stockstadt, „Wohnen im Theodor-Heuss-Karree“ in Bischofsheim und „Wohnen am Rhein“ in Biebesheim mit insgesamt 233 Wohnungen.

Los geht es im März 2020 in Stockstadt. Dort sollen bis April nächsten Jahres auf einem 3341 Quadratmeter großen Grundstück 27 öffentlich geförderte Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen mit Größen zwischen 36 und 78 Quadratmetern entstehen. Die Investitionssumme liegt bei 4,3 Millionen Euro, die Wohnfläche bei 1585 Quadratmeter.

Wie in der Goethestraße in Nauheim bedient sich die BG

Ried hier der Holzhybridbauweise, die Ausführung übernimmt ein Generalunternehmer. Systembauweise könne dazu beitragen, bei kleineren Projekten Kosten zu sparen, sagt Ried-Vorstandssprecher Jürgen Unger. Ein Allheilmittel sei sie nicht. Zum einen müssten sich Gebäude immer auch in die Umgebung einfügen, zum anderen sei bei serieller Bauweise aufgrund zu geringer Stückzahlen noch keine hinreichende Produktivität erzielt worden.

Im Theodor-Heuss-Karree in Bischofsheim will die BG Ried von August 2020 bis März 2022 in drei in U-Form angeordneten Gebäudeteilen für 13,3 Millionen 70 Wohnungen mit Größen zwischen 50 und 118 Quadratmetern schaffen. 52 Wohnungen werden öffentlich gefördert sein, 18 frei finanziert. Die Gesamtwohnfläche auf dem 4300 Quadratmeter großen Grundstück beträgt 4758 Quadratmeter. Bei der Offenlage habe es

keine Widersprüche gegeben, demnächst stehe der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan an, so Unger.

Das größte Projekt ist das in Biebesheim: 25 Millionen Euro Investitionssumme, 136 Wohnungen (55 gefördert, 81 frei finanziert), Gesamtwohnfläche 9355 Quadratmeter. Die Wohnungsgrößen bewegen sich zwischen 45 und 128 Quadratmeter, die Gemeinde gibt einen Bauzuschuss von 550000 Euro. Entstehen werden drei Gebäude mit bis zu sechs Vollgeschossen. Mit einem Objekt mit 50 Wohnungen will die Genossenschaft im September 2020 starten und es bis November 2021 fertigstellen. Für den zweiten und dritten Bauabschnitt muss noch ein vorhabenbezogener Bebauungsplan her.

Interesse hat die BG Ried auch am Baugebiet „Am Hohen Weg“ in Riedstadt-Goddelau. Hier würde sie gern ein Projekt in der Größenordnung

## BG IN ZAHLEN

► Die Baugenossenschaft (BG) Ried ist 1948 in Goddelau gegründet worden. Heute hat sie ihren Sitz in Groß-Gerau. Das Ziel der Mitglieder liegt bei **mehr als 2900**. Im Bestand der Genossenschaft befinden sich **rund 2400 Wohnungen**, die Bilanzsumme betrug Ende 2018 knapp 137 Millionen Euro. In ihren Bestand investiert die BG Ried pro Jahr rund drei Millionen Euro. (mzh)

von 50 Wohnungen verwirklichen. Zudem bewirbt sich die Genossenschaft um ein Grundstück im Gernsheimer Neubaugebiet Ringstraße II.

„Wir glauben, dass in den Kommunen die Bereitschaft steigt, Genossenschaften wieder mehr Raum zu geben“, sind Unger und sein Vorstandskollege Dirk Röhrig überzeugt. Es gehe um die Frage, wie man

bezahlbares Wohnen ermöglichen könne.

Ein Thema bei der BG Ried ist der Frankfurter Bogen. In Städten und Gemeinden, die maximal 30 Fahrminuten mit der Bahn vom Frankfurter Hauptbahnhof entfernt liegen, will das Land Wohnungsbau fördern. Im Einzugsbereich der BG Ried betrifft das Groß-Gerau, Mörfelden-Walldorf, Bischofsheim und Riedstadt.

Herausforderungen stellen hohe Grundstückspreise, der geringe Produktivitätsfortschritt in der Bauwirtschaft, Fachkräftemangel, lange Genehmigungsverfahren, hohe Wohnungsnachfrage und steigende Anforderungen in puncto Energieeinsparung und Brandschutz dar. Bei Neubauten versucht die BG Ried, im geförderten Wohnungsbau mit einer Miete von 7,80 Euro je Quadratmeter klarzukommen. „Das schaffen wir aber nur mit einer gewissen Verdichtung“, betont Unger. ► **KOMMENTAR**

## Ein Riesenzahn aus der Vergangenheit

Im Groß-Gerauer Stadtmuseum ist das zwei Kilogramm schwere Kauwerkzeug eines Mammuts zu sehen

Von Charlotte Martin

**GROSS-GERAU.** Bunt gerahmte weiße Wandschränke, jeweils markiert mit einem Buchstaben des Alphabets in bunter Schrift, stellen im Stadtmuseum das „Groß-Gerauer ABC“ dar. Es ist wie beim Adventskalender: Wer ein Türchen öffnet, findet eine Überraschung. „Thematisch geht’s freilich um die Stadthistorie“, sagt Museumsleiter Jürgen Volkmann und weist unter dem Buchstaben B etwa auf

## STÜCK FÜR STÜCK GESCHICHTE

Schmuck aus der Bronzezeit oder unter A auf die Geschichte der von Kastanien gesäumten Allee hin, die im Jahr 1964 dem Bau der Autobahn weichen musste, und beim Buchstaben F blickt uns ein präparierter Fasan entgegen: „Ab 1722 lud Landgraf Ernst-Ludwig von Hessen zur Fasanenjagd in die Fasanerie ein“, so Volkmann. Hinter der Tür mit dem Buch-



Hinter der Tür mit dem Buchstaben M des „Groß-Gerauer Alphabets“ zur Stadtgeschichte hat Museumsleiter Jürgen Volkmann das urzeitliche Knochengebilde eines Mammuts mit geriffelten Einkerbungen hervorgeholt.

Foto: Charlotte Martin

staben M verbirgt sich ein urzeitliches Knochengebilde mit geriffelten Einkerbungen: Mindestens zwei Kilogramm schwer ist der gewaltige Brocken mit leichter Krümmung. „Es handelt sich um den Kiefer-

zahn eines Mammuts“, sagt der Museumsleiter und wiegt den ungeheuren Zahn mit abgeschliffener Mahl- und Kaufläche in den Händen. „Dieser Mammutzahn ist nach dem Krieg von Ernst Schneider, Mu-

seumsleiter bis 1987, mutmaßlich in der Kiesgrube Engeroff am Hirsländer Weg gefunden worden – Erdbau, Abbruch und Landschaftsbau betreibt die Firma ja bis heute“, führt Volkmann aus. Eiszeitliche Artefak-

te der Fauna würden bis heute vielfach in Kiesgruben gefunden, doch sei der gewaltige Zahn des Pflanzenfressers, der zu den Urtieren gehörte, die seit zwei Millionen Jahren hier lebten, angesichts seiner Größe etwas Besonderes. „Wenn wir hier im Kreis unsere gesamten Knochenfunde, die in den Depots der Heimatmuseen lagern, zusammensetzen würden, hätten wir vielleicht gar ein ganzes Mammut zusammen“, so Volkmann.

Im eigenen Depot horte er auch einen etwa 80 Zentimeter hohen Oberschenkelknochen sowie kleinere Skelettknochen, darunter Kieferknochen. „Das Mammut dürfte eine Schulterhöhe von mindestens drei Metern gehabt haben“, schätzt Volkmann. „Zum vollständigen Gebiss gehörten vier dieser gewaltigen Zähne.“ Mit dem Abschmelzen des Eises seien die Mammuts ebenso wie andere Urtiere – etwa der Säbelzahniger – spätestens Ende der letzten Eiszeit vor 12000 Jahren auch hierzulande ausgestorben.